

Bezugpreis:
Stichtag: 6.75 Mk. monatl. 2.25 Mk.
Jahrl. 27 Mk. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Hauptzeile
kostet 80 Hg. ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Samstag, den 4. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Wilna geräumt!

Am 4. Januar ist Wilna von den deutschen Truppen
geräumt worden. Ein Telegramm des Generalissimus
Foch hat darum ersucht, den Polen die Möglichkeit nicht zu
unterbinden, Truppen nach Litauen zu werfen, um dem
Bormarsch der Bolschewisten zu begegnen.

Grenzschutz im Osten.

Die Regierung hat in Verbindung mit dem Zentralrat
den festen Entschluß gefaßt, den Grenzschutz im Osten
auszubauen. Die einzelnen Ressorts sind mit der schne-
llsten Aufarbeitung der notwendigen Vorarbeiten befaßt.

Ein schwedisches Freiwilligenkorps.

Stockholm, 3. Januar. Hier ist ein Bureau errichtet
worden, das Freiwillige für den Kampf der Letten gegen
die Bolschewisten anwirbt. Laut „Dagens Nyheter“
erfolgen täglich zahlreiche Anmeldungen. Der
Leiter des Bureaus, Leutnant Angmann, erklärte einem
Vertreter des Blattes, daß man beabsichtige, eine Einheitsfront durch
Estland, Livland, Aurland und Litauen gegen das bolschewistische
Russland aufzustellen.

Lettsche Bolschewisten für Lettland.

Kampfanlust in der russischen Armee und der Flotte.
Helsingfors, 4. Januar. (M.) Aus Moskau wird der
„Sjemenaja Schjeln“ gemeldet, daß unter den lettischen Scharj-
führern, die zu den Kerntruppen Sowjetrusslands gehören,
Unruhen ausgebrochen sind. Die Befürchtungen, daß ein Ausbrechen
ihrerseits gegen den Verband der Bedeutung der Zukunft Lett-
lands Schaden künnte. Die einzigen zuverlässigen Truppen der
Bolschewisten sind Chinesen. Auch in der bolschewistischen
Flotte finden ähnliche Vorgänge statt.

Die Polen erschweren die Erfüllung der
Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 4. Januar. Die deutsche Waffenstillstands-Kommission
teilt mit: Die Abwehr der dem Bahuhof Jarotschin zugehö-
renden letzten Eisenbahnen, die gemäß des Waffenstillstands-
vertrages dem Oberkommando der Alliierten auszuliefern sind, ist
durch die polnische Besatzung verhindert worden. Da-
durch wird die Innehaltung der Waffenstillstandsbedingungen
höchst beeinträchtigt.

Die deutsch-holländische Grenze ist offen.

Wiederaufnahme des Handelsverkehrs.
Die Deutsche Waffenstillstands-Kommission teilt mit: Auch einer
Mitteilung des Oberkommandos der Alliierten ist der Handels-
verkehr zwischen Holland und den besetzten
Niederlanden unter Vorbehalt der Anwendung des Zolltarifs
frei. Die deutsch-holländische Grenze ist offen. Die belgischen
Behörden werden jedoch eine Aufsicht über diesen Verkehr ausüben,
um sich dadurch die genaueste Kenntnis der nach beiden Richtungen
hin erfolgenden Sendungen zu verschaffen und später alle zweck-
mäßigen Maßnahmen vorzuschlagen.

Es geht leider aus dieser Meldung nicht mit der wünschens-
werten Deutlichkeit hervor, ob die gesamte deutsch-holländische
Grenze offen ist, oder ob es sich nur um den Grenzabschnitt
handelt, der im Norden das besetzte deutsche Gebiet abschließt.

Die Wirren in Oberschlesien.

Rönnigshütte, 4. Januar 1919. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts.“) Ueber die gestrigen Vorgänge wird und noch folgendes
berichtet:

In den Nachmittagsstunden sammelten sich vor der hiesigen
Berginspektion größere Menschenmengen an, teilweise halbwüchsige
Burschen, die die Forderung auf Auszahlung der von den Berg-
leuten begehrten einmahligen Zulage von 800 M. erhoben. Wegen
dieser und anderer Forderungen der Bergleute schweben gegenwärtig
Verhandlungen zwischen den Beteiligten. Das Ergebnis dieser
Verhandlungen sollte bis zum 3. Januar den Bergarbeitern mit-
geteilt werden.

Die Berginspektion hatte zu ihrem Schutze das Jägerbataillon
11 sowie einige Nachmannschaften in ihren Räumen einquartiert.
Die Mannschaften wurden nun von der jählichen und lärmenden
Menge angerempelt und beschimpft, was sie zunächst ruhig hin-
nahmen. Schließlich aber kletterten eine Anzahl junger Burschen
über die Tore des Inspektionsgebäudes, bedrohten die Sol-
daten mit Revolvern und versuchten, ihnen ein Ma-
schinengewehr abzunehmen. Daraufhin feuerten die
Soldaten in die Luft und, als die Eindringlinge von ihrem
Vorhaben nicht abließen, in die Menge. Bisher sind 17 Tote und
21 Verwundete festgestellt.

Obwohl feststeht, daß die Truppen von der Menge provoziert
worden sind, wird das Vorgehen mit Maschinengewehren von dem
hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat nicht gebilligt. Gegenwärtig
schweben Verhandlungen über die Zurückziehung des Mi-
litärs, die sicher zu erwarten ist.

In diesem bedauerlichen Vorgange tragen die paraktisi-
schen Wühlereien ein gewisses Maß Schuld. Denn obwohl
gegenwärtig die Bergleute hier nicht streiken, kann man beobachten,
daß ein Teil von ihnen, besonders die jüngeren, nicht in die
Gruben einfahren, sondern auf den Straßen demonstrieren.
Es fanden auch Demonstrationen durch die Straßen statt, bei
denen Hochs auf Plakate und „auf den Grafen von Engwilmers“
ausgeschrien wurden. Mehrfach ist es auch bereits zu Plünderungen
gekommen.

Gegenwärtig befindet der Belagerungszustand in Rönnigshütte.
In einem Aufruf, den der V. und S. Rat erlassen hat, ermahnt
er die Bevölkerung zur Ruhe und fordert sie auf, die Straßen zu
verlassen. Zu weiteren Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.
Im übrigen geht hier noch das Gerücht, daß die Plünderer in der
vergangenen Nacht in Ratowitz eingetroffen sein soll und auch den
hiesigen Ort besuchen will.

Joch und die deutschen Wahlen.

Marshall Joch teilt mit, daß für die Wahlen zu den
Landesparlamenten der deutschen Bundes-
staaten, von denen Gebiete durch die Entente besetzt sind,
die gleichen Erfordernisse wie für die Wahlen zur National-
versammlung gelten.

Es ist der Wunsch Marshall Jochs, die Wahlgeschäfte
in den besetzten Gebieten, selbst wenn sie nur die Errichtung von
Landtagen bezwecken, in weitgehendstem Maße zu er-
leichtern.

Der falsche Sozialismus.

Die Vernichtung der russischen Industrie.

A. B. C. Nach offiziellen Berichten der russischen Sowjet-
regierung sind bis zum November des Jahres 1918 im ganzen 513
industrielle Unternehmen sozialisiert worden. Von diesen 513
Fabriken, Werken usw. hat der Rat der Volkskommissare und der
Oberste Rat für Volkswirtschaft nur gegen hundert sozialisiert,
während die übrigen von den Gebieträten für Volkswirtschaft oder
sogar einfach von den örtlichen Sowjets konfisziert wurden. Es ist
nicht verwunderlich, daß die Ergebnisse äußerst traurig sind. Wei-
nigstens die Hälfte, und zwar 218 Fabriken und Werke, entfallen auf
die metallurgische, 40 bis 60 auf die chemische, die Papier- und
Lebensmittelindustrie, auf die übrigen Industriezweige je 20 und
weniger Unternehmen. Die sozialisierten Unternehmungen bringen
dem Staat nur Verluste. Während der ersten drei Monate des
Jahres 1918, als erst verhältnismäßig wenig Fabriken sozialisiert
waren, hatte der Staat bereits über 400 Millionen Rubel für diese
sozialisierten Unternehmungen aufgewandt; gegenwärtig beträgt die
Summe der zu diesem Zweck aufgewandten Darlehen des Staates
noch vorläufiger Schätzung einige Milliarden, an Stelle des Sozia-
lismus haben wir jetzt ein Irrenhaus. Hunderttausende von Ar-
beitern werden auf Kosten des Staates ausgebeutet. Die Unter-
nehmen bringen nicht nur keinen Gewinn, sondern verlangen
kolossale Auszahlungen.

Zur Arbeitslosenfrage.

Von Erwin Barth.

Das deutsche Volk geht allerhöchsten Erschütterungen
seiner Lebensfähigkeit entgegen. In raschen Gängen werden
die Millionen, die bisher an den Grenzen des Landes standen,
demobilisiert. Sie kehren ins bürgerliche Leben zurück und
suchen ihren früheren Beruf auf. Aber sie sind in ihrer
großen Mehrzahl nicht in der Lage, an ihren einstigen Ar-
beitsplätzen Beschäftigung und Brot zu finden. Die In-
dustrie ist in einer sehr üblen Situation. Der Mangel an
Rohstoffen, die Schwierigkeiten der Umstellung der Kriegs-
industrie für die Friedenswirtschaft, die außerordentlich große
Unterproduktion im Kohlenbergbau hemmen den Wieder-
beginn unserer industriellen Tätigkeit.

Millionen von Arbeitslosen häufen sich in den Städten.
In Berlin sind mehr als 100 000 bei den amtlichen Nachweis-
stellen eingetragen. Die Zahl schwillt fortgesetzt an. In
ganz kurzer Zeit schon muß im Reich damit gerechnet wer-
den, daß fünf bis acht Millionen Menschen, und
der größte Teil von ihnen bisherige Soldaten, als Arbeits-
lose auf der Straße stehen. Es besteht auch gar keine Aus-
sicht, in unserer Industrie rasch Platz und Arbeit zu schaffen,
es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß die Stan-
nungen längere Zeit fortbestehen und daß es uns am Ende
unmöglich sein wird, die Industrie jemals wieder
in früher gefasstem Umfange beschäftigen zu können. Wenn
der wahrscheinliche Fall eintritt, daß uns die reichen Bodenschätze
Lothringens verloren gingen und wenn gar noch mit
einem Verlust der ober-schlesischen Kohlenproduktion zu
rechnen ist.

Aber selbst wenn alle deutschen Kohlengebiete und ver-
fügbare bleiben, und wenn es uns gelänge, in Kürze alle für
die industrielle Produktion nötigen Rohstoffe heranzuschaffen,
müßte noch immer mit Hunderttausenden, vielleicht Millionen
Menschen gerechnet werden, die in der deutschen Industrie
nicht wieder beschäftigt werden können. Seit Kriegsbeginn
sind wir von allen Auslandsmärkten abgeperrt. Unsere
Rundschau ist von anderen Ländern bedient worden. Unter
dem Schutze dieser Abschließung haben sich im Auslande In-
dustrien entwickelt, die uns bisher ein anerkanntes
Uebergewicht und teilweise sogar eine Weltmonopolstellung
verschafft hatten. Wir müssen von neuem anfangen, uns
Auslandskundschaft zu suchen und langsam mit dem
Wiederaufbau unseres Exportes beginnen. Da-
bei scheint es ausgeschlossen, daß wir all das, was wir an
neugegründete und gut entwickelte ausländische Industrien
auf dem Weltmarkt verloren haben, vollständig wieder-
gewinnen.

Darin unterscheidet sich die Not unserer gegenwärtigen
Arbeitslosigkeit von den früheren industriellen Krisen. Die
früheren Krisen kamen aus einer Ueberfüllung des
Marktes mit Industrieprodukten, unsere Notriete an Erzeug-
nissen waren zu groß und wir mußten sehen, daß infolge-
dessen vorübergehend Hunderttausende von Arbeitern die
Werkzeuge verlassen mußten. Damals wäre es ein leichtes ge-
wesen, aus unserem Ueberfluß die Arbeitslosen zu unter-
halten. Heute aber stehen wir der Massenarbeitslosigkeit mit
einer grenzenlosen Armut an Existenzmitteln aller Art gegen-
über. Heute fehlt uns die Kraft, den Arbeitslosen auf
längere Zeit hin das zu geben, was sie für die Fortführung
ihres Lebens notwendig haben, wenn wir nicht gleichzeitig
neue Werte zu schaffen in der Lage sind.

Man wende nicht ein, daß die Arbeitszeit der Industrie
dem Ueberfluß an Arbeitskräften angepasst werden müsse.
Es ist natürlich ein leichter Weg, bei halber Produktion die
halbe Arbeitszeit und damit alle Arbeitslosen unterzubrin-
gen. Aber damit werden wir nicht wohlhabender und damit
erhält sich nicht die Summe unserer Gesamtproduktion, da-
mit bleiben wir arm wie bisher und kommen aus dem Elend
nicht heraus. Gerade unsere Armut gebietet uns höchste An-
spannung aller produktiven Kräfte.

Als uns die Gefahr der Arbeitslosigkeit deutlich wurde,
war der nächste Gedanke, Arbeitslosenunter-
stützung in großem Umfange bereit zu stellen. Wird es
aber möglich sein, die Hoffnungen darauf für längere Zeit
zu erfüllen, werden wir in der Lage sein, über eine größere
Zeitspanne hinweg täglich viele Millionen Mark zur Unter-
stützung dieser Not auszugeben? Das ist ganz unmöglich!
Dieser Weg müßte uns unrettbar der völligen und nicht mehr
gut zu machenden Erschöpfung entgegenführen. Geld kann
nichts anderes als der Ausdruck von Wert sein. In der
Form von Geldunterstützungen tun wir also nichts, als täg-
lich neue große Gütermengen hinzugeben. Geben wir aber
solche Gütermengen? Wird bei dem schlechten Stand unserer

industriellen Produktion und mit den geringen Arbeitskräften, die dazu zurzeit tätig sein können, es möglich sein, so viel an neuen Werten fortlaufend zu erzeugen, als für die arbeitslosen Massen und für das Volk benötigt werden? Daraus ist nicht zu denken. Wir zehren den letzten Rest unserer Kraft auf, wenn wir nicht in die Lage versetzt werden, die Hände der Arbeitslosen zu neuer Produktion zu benutzen.

Die Not zwingt uns, mit aller Dringlichkeit zu betonen, daß Arbeit neu bereitgestellt werden muß und daß jeder Arbeitslose verpflichtet wird, Arbeit, die er nach seinen persönlichen Verhältnissen zu leisten imstande ist, anzunehmen.

Wir sind nicht in der Lage, auf dem Kulturboden, der uns gegenwärtig in Deutschland zur Verfügung steht, die notwendige Brot- und Viehmenge zu erzeugen, die wir für unser Volk brauchen. Auch unsere Vorräte, die uns lange Zeit einen Ausbruch gestatteten, sind aufgebraucht. Wir müssen darum vom Ausland Lebensmittel haben. Man wird uns dazu zunächst einen Kredit gewähren. Gut. Das kann natürlich nur für eine beschränkte Zeit gelten. Danach wird man von uns die Leistung von Gegenwerten fordern, d. h. überschüssige industrielle Produktion. Wir müssen mehr erzeugen, als unsere Bevölkerung an Industrieprodukten nötig hat. Wir können aber diesen Ueberschuß nicht leisten, wenn die Hemmnisse für unsere industrielle Entwicklung weiter bestehen bleiben.

Die Unfähigkeit, unsere Industrie wieder in ihr früheres Verhältnis zum Weltmarkt zu bringen, zwingt zu einer anderen Verteilung der Arbeitskräfte, zwingt uns, unsere eigenen Kraftquellen für die Volksernährung zu erweitern und den Anfall an ausländischen Nahrungsmitteln die mit dem Ausfall unserer industriellen Produktion verbunden ist, durch Stärkung der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung auszugleichen. Deutschland hat Millionen von Hektar Moorboden, der aufgeschloffen und durch seine jungfräuliche Kraft sofort — ohne auf künstlichen Dünger zu warten — Fruchtland werden kann.

Vor dem Kriege waren wir stolz darauf, die Auswandererziffern infolge der starken Entlohnung unserer Industrie auf ein Minimum herabgedrückt zu haben. Künftig droht uns erneut der Zwang, wertvolle produktive Kräfte unseres Volkes als Auswanderer in eine ferne Ungewißheit ziehen lassen zu müssen. Dieses Elend wollen wir vermeiden; wir wollen soweit als möglich neue Existenzmöglichkeiten in unserem eigenen Lande schaffen, und wenn das eben in der Industrie nicht geht, dann in der Landwirtschaft.

Die katastrophale Entwicklung der Arbeitslosigkeit zwingt uns aber noch zu anderen Maßnahmen. Das Mißverhältnis, das zurzeit zwischen mehr offene Stellen angeboten werden als sich Arbeitslustige finden, liegt offenbar darin begründet, daß das lange unregelmäßige Kriegsleben einen erheblichen Teil sonst arbeitsgewohnter und arbeitslustiger Menschen bis zu einem gewissen Grade dergeleiteter Arbeit entzogen hat. Diese Erscheinung muß beseitigt werden. Und es wird leider nicht zu umgehen sein, die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung davon abhängig zu machen, daß nachgewiesene Arbeit aus ganz bestimmten zwingenden persönlichen oder sozialen Gründen nicht angenommen werden kann. Wir müssen auf diesem Wege zu einer gewissen Verpfändung kommen, Arbeit anzunehmen, auch wenn diese ungünstig gelegen ist.

Wenn das deutsche Volk aus der Not herauskommen will, die es bedrückt, wenn insbesondere die Arbeiter, die am schlimmsten darunter zu leiden haben, von ihr befreit werden sollen, so muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, an Stelle der Arbeitslosenunterstützung den Lohn für Arbeit zu setzen, und den weiteren Verbrauch von Werten, ohne daß neue Werte erzeugt werden, zu vermeiden.

Die Arbeit ist die Quelle des Wohlstandes, ohne Arbeit kann nichts geschaffen werden, was zum Leben nötig ist, und ohne neue intensive und produktivste Arbeit ist ein Aufstieg Deutschlands undenkbar.

Nach ein selbständiges Nationalsozialist. Der Nationalrat der Bauern Bünden in Bünden erließ eine Proklamation, in der die Anerkennung der Konföderation als einer Sondernation im Sinne des Völkischen Freiheitsprogramms mit dem Befehl gebietet wird, daß sich die Friedenskonferenz, an welche der Nationalrat in dieser Angelegenheit herantritt, damit beschäftigen möge.

Die Erhöhung der Arbeitsleistung.

Als eines der wichtigsten Mittel zum wirtschaftlichen Neubau Deutschlands hat Dr. August Müller, der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, die Erhöhung der Arbeitsleistung bezeichnet. Gegenwärtig vollzieht sich die Verunsicherung in der Mehrzahl der Fälle in recht dilettantischer Weise, indem außer einer gewissen Reizung und Regung allerlei zufälligen Rücksichten Einfluß darauf gewaltet wird. Gelingt es aber, die Verunsicherung so zu ordnen, daß jeder Mann und jede Frau möglichst an die Stelle und zu der Arbeit gelangen, wo sie ihre höchste Leistungsfähigkeit entwickeln können, so wäre eine sehr beträchtliche Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung und eine viel ausgiebigere und zweckmäßigere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft zu erzielen. Dieser Kulturvorgabe haben sich nun die günstigsten Aussichten eröffnet, seitdem die angewandte Psychologie sich ihrer Untersuchung und Förderung systematisch angenommen hat. Die wissenschaftlichen Grundlagen dieser jungen Disziplin sind bekanntlich von Deutschen geschaffen worden, aber um ihre praktische Anwendbarkeit haben sich besonders die Amerikaner verdient erworben. Mit wenigen Worten läßt sich das Verfahren der angewandten Psychologie dahin beschreiben, daß sie durch Feststellung einer gewissen Anzahl von Proben (tests) die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit des Individuums und damit seine Eignung zu einer bestimmten Art von Arbeit festzustellen sucht. Die Bedeutung des Verfahrens ist im Kriege in bester Weise geteilt. In allen Heeren sind z. B. Kräfte, Kraftwagenführer usw. auf Grund wissenschaftlich hergestellter Psychogramme ausgewählt worden; sehr reichlich haben besonders die Amerikaner die angewandte Psychologie ausgenutzt, indem sie die Soldaten auf Eigenschaften wie Mut, Selbstbeherrschung, Festigkeit ihrer Gefühle usw. untersuchen und daraus Regeln für ihre Ausbildung der Soldaten gewinnen. Ein anderes Beispiel für den außerordentlichen Nutzen der angewandten Psychologie liefert eine Untersuchung, die in einer Fabrik angestellt wurde, wo Stahlkugeln erzeugt wurden. Dort waren 120 Frauen angestellt, um die Kugeln auf Unbedenkenheiten zu prüfen. Thompson unternahm es, die Leistungsfähigkeit dieser Frauen wissenschaftlich zu untersuchen. Nach zwei Proben ließen 85 Frauen übrig, die als die Besten für diese Arbeiten bezeichnet wurden. Es zeigte sich, daß diese 85 Frauen dieselbe Arbeitsleistung erzielten, wie vorher die 120, obgleich ihre Arbeitszeit um 2 Stunden täglich vermindert wurde. Dabei stieg die Zuverlässigkeit der Prüfungen um 50 v. H.

Sehr wichtig ist das Eingreifen der angewandten Psychologie in die Regelung der Berufswahl, worauf Sigurd Raessgaard

Der Bergarbeiterstreik im Wachsen.

Opfer des Bergwerks Jostitz — Ausdehnung des rheinischen Streiks auf das linke Ufer — Zusammenstoß mit belgischem Militär.

Aus Rattowitz wird gemeldet: Bergwerk Jostitz ist freiwillig aus dem Leben gegangen. Er hat diesen Schritt in folgendem Schriftstück begründet:

An die obersteinsten Berg- und Hüttenleute!
Nachdem wir uns vergeblich bemüht haben, Euch durch Worte zu belehren, habe ich mich entschlossen, es durch eine Tat zu versuchen. Ich will sterben, um Euch zu beweisen, daß die Sorgen, die Ihr über unser benehendes Dasein verdirgt, schlimmer sind als der Tod. Wohlgeachtet also: Ich opfere mein Leben, um Euch darüber zu belehren, daß Ihr Unmögliches fordert. Die Lehren, die ich Euch aus dem Grabe zurufe, lauten: Nicht handelt und verleiht Eure Beamten nicht. Ihr braucht sie und findet keine anderen, die bereit sein werden, mit Wahnsinnigen zu arbeiten. Ihr braucht sie, weil Ihr den Betrieb ohne Leiter nicht führen könnt. Fehlen die Leiter, dann erliegt der Betrieb und Ihr müßt den zugrunde gehen. Mit Euch Eure Frauen, Eure Kinder und Hunderttausende unschuldiger Bürger. Die eintägige Ration, die ich an Euch richte, rufe Euch zu eifriger Arbeit. Nur, wenn Ihr mehr arbeitet als vor dem Krieg und Eure Ansprüche beschränken werdet, könnt Ihr auf Ruhestage und Lebensmitteln und auf erhöhter Preise rechnen. Da ich für Euch in den Tod gegangen bin, schütz meine Frau und meine lieben Kinder und helfet ihnen, wenn sie durch Eure Torheit in Not geraten.
Vorhomer, 1. Januar 1919. Jostitz.

Niemand wird der Tat eines Mannes, der freiwillig aus dem Leben geschieden ist, um andere von der Verleugung ihres Handelns zu überzeugen, die Achtung verlangen.

Essen, 4. Januar 1919. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Bergarbeiterstreik griff auf die Region Osterfeld und Jostitz bei Sierfeld über, wo die Hamburger Bergleute die Arbeitsniederlegung erzwangen, im Dortener Bezirk bei Hohe Wolluz.

Aus Duisburg wird gemeldet: Die Streikbewegung unter den Bergarbeitern hat jetzt auf die linksrheinischen Regionen übergegriffen, auf denen ein Teil der Belgischen ausständig geworden ist. Bisher sind die Regionen Dierdorf und Remscheid in Mitteleuropa gezogen. Die Belgische von Rheinpreußen lehnte den Anschluss an den Streik ab. Als auf der Seite Rheinpreußen eine Anzahl Streikender der Aufforderung der belgischen Sicherheitswache zum Auseinandergehen keine Folge leistete, machte diese von der Waffe Gebrauch, wobei ein Streikender verletzt wurde.

Die Lebensmittellieferungen für Deutschland.

Die Beratungen haben begonnen.

Wien, 2. Januar. Die Mitglieder der Internationalen Lebensmittellieferungskonferenz machten heute einen Besuch im Staatsamt für äußere Angelegenheiten, wobei sie eine Besprechung mit Staatssekretär Bauer hatten. Der Staatssekretär schilderte ihnen die Ursachen und Wirkungen der Lebensmittel- und Kohlennot. Er betonte insbesondere, daß naturgemäß die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in engem Zusammenhang mit der Lebensmittel- und Kohlenfrage stünde. Dann begaben sich die Mitglieder der Lebensmittellieferungskommission in das Staatsamt für Volksernährung, wo Staatssekretär Loewenfeld-Ruh eine eingehende Schilderung der derzeitigen Ernährungslage Deutschlands gab. Der dem Empfang beimohnende Staatssekretär für öffentliche Arbeiten, Zerkow, unterrichtete die Kommission über die gegenwärtige Kohlennot. Nachmittags erschienen Mitglieder der Kommission im Rathaus, wo sie von dem Bürgermeister und dem Staatssekretär des Ernährungsamtes empfangen wurden. Die verschiedenen Sachreferenten der Gemeindeverwaltung gaben ebenfalls eingehende Berichte über die Lebensmittellieferung und erörterten die Möglichkeiten einer Versorgung in den nächsten Monaten.

Wien. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Hier ist abermals eine aus italienischen, amerikanischen und französischen Offizieren bestehende Entente-Kommission zur Regelung der Ernährungsfrage eingetroffen. Sie besucht auch die Spitäler und einzelne Wohnungen.

In einem Aufsatz in „Vollst.“ hinweist. Dafür gibt es in den Vereinigten Staaten eigene Bureaus. Das Älteste ist das Bureau für Berufsberatung, das Frank Parsons 1918 in Boston begründet hat. Anlaß dazu gab die Erfahrung, daß sich bei der dortigen Handelsschule weit mehr Schüler meldeten, als aufgenommen werden konnten; auf diese Weise kam Parsons Bureau von Anfang an in Verbindung mit der Schulverwaltung. Diese ließ einige Lehrer psychologisch ausbilden. Darauf wurden die Schüler verschiedenen Proben unterworfen, und beim Verlassen der Schule erhielten sie Mitteilung über die Berufe, zu denen sie sich nach Zustimm der Proben am besten eigneten. Solcher Bureaus für Berufsberatung auf Grundlage exakter, psychologischer Untersuchungen gibt es in den Vereinigten Staaten bereits eine ganze Anzahl. Auch an den Universitäten werden die eintretenden Studenten entsprechenden Proben unterworfen, die zur Bestimmung ihrer Auffassungsfähigkeit, ihrer speziellen Eignung, ihrer Mängel usw. dienen sollen. Nach B. T. Baldwin sind gegenwärtig 41 Mitglieder der Amerikanischen Psychologischen Gesellschaft auf dem Gebiet der Untersuchung und Berufsberatung von Studenten tätig. Außerdem aber wirkt noch eine erhebliche Anzahl von anderen Psychologen auf diesem Gebiete.

Auch in Deutschland ist man auf die Bedeutung der angewandten Psychologie aufmerksam geworden. Besonders in jüngster Zeit ist auf diesem Gebiete viel geschehen. In Berlin und Hamburg sind Organisationen nach Art der amerikanischen Bureaus für Berufsberatung entweder schon gebildet oder im Entstehen; die Bewegung für die Errichtung von Schulen für besonders begabte Schüler und die zu diesem Zweck angestellten Proben gehören gleichfalls hierher. In Hamburg hat Herr ein Prüfungsverfahren geschaffen, wonach man in kürzester Frist die Tüchtigkeit eines Bewerber als Kaufmann bestimmen kann, und man hat begonnen, die Auswahl von Kaufmann auf dieser Grundlage durchzuführen. In Berlin und Stuttgart werden Buchdrucker auf Grund einfacher Proben ausgewählt. Allein es ist klar, daß dieses nur erst Anfänge sind, und daß sich hier ein ganzes großes Gebiet fruchtbarer Zukunftsaussichten öffnet. Wenn die Stärken und die Schwächen, die Leistungsfähigkeit und die Mängel jedes jungen Menschen untersucht und möglichst zuverlässig festgestellt werden und die Berufswahl nach diesen Ergebnissen gerichtet wird, so ist von vornherein anzunehmen, daß die Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Arbeitsgattungen, körperliche wie geistige, weit zweckmäßiger erfolgen wird. Trifft dazu dann ein fortgeschrittenes Weiterverbreiten der Leistungen der Arbeitskräfte, so darf eine gewaltige Steigerung der nationalen Arbeitsleistung mit Recht erwartet werden. Auch in sozialer Hinsicht würde diese Entwicklung sich als segensreich erweisen. Amerikanische Fabriken, die die

Demission aller preussischen Minister.

Auch die preussischen mehrheitssozialistischen Minister haben dem Zentralrat ihre Mandate zur Verfügung gestellt. Der Zentralrat wird sich über die Befragung der preussischen Ministerien schlüssig werden, wenn die Besätze über die bisherige Amtsführung eingelaufen sind.

Benanntlich hatten auch die mehrheitssozialistischen Mitglieder der Reichsregierung: Oberl. Scheidemann und Landberg, nach dem Ausscheiden der Unabhängigen ihre Ämter formell dem Zentralrat zur Verfügung gestellt.

Revolutionsmärchen.

Wie der „Vokal-Anzeiger“ sein Publikum unterhält.

Das Blatt der dummen Kerle von Berlin, der „Vokal-Anzeiger“, bringt in seiner Morgenausgabe vom 4. d. M. einen Leitartikel über die angeblichen Schilfbürgerstreiche eines A- und S-Rats in einer deutschen Hansestadt. Da wird u. a. erzählt:

In deriesigen Hansestadt kam eine ziemlich aufgeregte Nois-ordnung in die Senatsführung. Als sie schließlich gefragt wurden, was sie eigentlich wollten, antwortete einer: „Wir wollen eine Republik“. Ein ehrenwürdiger Senator mit weichem Haar und Bart sagte darauf entgegenkommend: „Eine Republik haben wir seit ewigen Zeiten, wir sind Republik aus alter Zeit, ehe überhaupt an die Revolution gedacht wurde.“ Und der alte Herr fragte weiter, was noch gewünscht würde. Nach peinlicher Pause sagte einer der verhassten Räte: „Dann wollen wir noch 'ne Republik...“

Die Geschichte ist sehr niedlich, sie hat nur den kleinen Nachteil, schon 70 Jahre alt und schon damals nicht wahr gewesen zu sein. Sie stammt aus dem Jahre 1848 und betrifft angebliche Vorgänge in Lübeck. Seitdem ist sie unzählige Male wiedererzählt worden, so z. B. in dem Roman „Die Buddenbrooks“ von Thomas Mann, der im Jahre 1901 erschienen ist. In demselben Artikel wird erzählt, ein Arbeiter habe im Kohlenkeller einer Gesellschaft nach dem „Aktionskavale“ gesucht, das nach seiner Meinung unter den Kohlen verborgen sein sollte. Wenn der Leser des „Vokal-Anzeiger“ solche Räuberbistolen liebt, freut er sich natürlich, daß es Menschen gibt, die noch dümmer sind als er und beschließt, dem erleuchteten Rat seines Leiblattes folgend, nur ja seinen Sozialdemokraten zu wählen!

Wahrheitsunterdrücker an die Front.

So lautet der Schlußsatz der „Deutschnationalen Volkspartei“. Alle Leute, die während des Krieges dazu beigetragen haben, dem deutschen Volke die Wahrheit zu verheimlichen, ihnen Sand in die Augen zu streuen, es über seine wahre Lage hinwegzutäuschen und so der Katastrophe zuzuführen, werden in der „Deutschnationalen Volkspartei“ an führende Stellen berufen.

Vorsitzender ist bekanntlich der ehemalige preussische Staatsminister Hertz, der den schönen Satz von der amerikanischen Armee prägte: „Sie kann nicht liegen, sie kann nicht schwimmen, sie kann nicht kommen.“ Jetzt ist wie die „Demokratische Vorkorrespondenz“ erzählt, zum Generalsekretär der „Deutschnationalen Volkspartei“ Major v. Olberg, der bekanntlich ebenfalls Chef der Oberzensurstelle, gewählt worden. Herr v. Olberg hat, wie kaum ein anderer, zur Unterdrückung der Wahrheit über den Krieg beigetragen. Seiner Amtsführung ist es zum größten Teil zuzuschreiben, daß die Mehrheit des deutschen Volkes bis zum Schluß nicht wußte, wie es um Deutschland stand.

Die „Deutschnationale Volkspartei“ hat freilich die Mitarbeit der Wahrheitsunterdrücker außerordentlich nötig. Denn in ihr sitzen ja die Leute, die bei Kriegsausbruch jubelten: „Wir haben diesen Krieg herbeigeführt — jetzt ist sie da, die heilige Stunde!“ Aber diese Torheit wird selbst der Oberzensurminister Olberg nicht aus der Welt schaffen.

Der feldherrnprinz August Wilhelm von Preußen ist in den Dienst der Vena-Automobilgesellschaft getreten.

Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter durch Berufspsychologen wissenschaftlich untersuchen ließen und ihre Arbeiter danach auswählten, haben durchweg die Arbeitsleistung gewaltig vermindert, den Lohn bedeutend erhöhen können und doch dabei auch ihren Vorteil gefunden.

Die Kosten einer Revolution.

In den meisten Fällen ist es nicht möglich zu sagen, was eine Revolution gekostet hat. In einem Falle sind wir aber ziemlich genau unterrichtet, und zwar betreffs der von bürgerlicher Seite schwer verurteilten Pariser Kommune von 1871. Die Finanzen derselben wurden von dem Bürger Bourde geschätzt und gewissenhaft verzeichnet. Die tägliche Ausgabe betrug etwa 800 000 Franken. Dieser Bedarf wurde gedeckt durch die Umlage, die Lokalfregate, die Steuern, die Zwangsanleihen bei den Eisenbahngesellschaften und die Bank von Frankreich. Es fehlte zwar nicht an Mitgliedern der Kommune, die die Bank von Frankreich berauben wollten, aber Bourde widersetzte sich dem Plane ganz energisch. Dagegen wurde die Bank tüchtig angezapft, und zuletzt mußte sie jeden Tag das benötigte Geld ausbezahlen. Uebrigens waren die Bezüge der Beamten damals ziemlich mäßig. Am 2. April wurde die höchste Jahresbezahlung eines Gemeindevorstandes mit 6000 Franken festgelegt. Die Mitglieder der Kommune erhielten ein Taggeld von 15 Franken. Ein Obergeneral bezog 16 Franken Taggeld, ein Nationalgardist 150 Franken und die Art. Schon hieraus kann man ersehen, daß die Kommunisten nicht in Vorkriegszeiten geschwiegen haben können, wie es ihnen vorneworfen wurde. Später hat Bourde vor dem Kriegsgericht in Versailles die gesamten Ausgaben der Kommune auf 68 Millionen angeschlagen.

Notizen.

— Vorträge. In den Kammertheatern des Deutschen Theaters hat Andreas Logg, der Dichter des bedeutenden Buches gegen den Krieg „Kriegsgericht“, am Sonntag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr, aus eigenen Werken vor.
— Die Deutsche Bühne, das amtl. deutsche Blatt des Deutschen Bühnenvereins, wird mit dem jetzt beginnenden 11. Jahrgang ihren redaktionellen Teil erweitern. Namhafte Persönlichkeiten des Theaters und der Literatur haben ihre Mitarbeit zugesagt. Grobenummern verlegt der Verlag Cestherb u. Co., Verlag Berlin 93, 15.
— Das Sozialistengesetz auf der Bühne. Im Magdeburger Stadttheater findet am 3. Januar die Uraufführung der dreitägigen Tragödie „Das Gesetz“ von Konrad Ferdinand Hildebrandt — ursprünglich von der Berliner Freien Volksbühne angenommen, aber von der Zensur verboten — statt in Berlin während der achtziger Jahre und schildert die Kämpfe zwischen Polizei und Arbeiterschaft unter dem Druck des Sozialistengesetzes.

Frauen, seht die Listen ein! - Geht wählen!

Wenn Ihr nicht wählt, hebt Ihr die Stimmen Eurer Männer auf!

Sichhorns Waffenlieferungen an Zivilisten. Spartakisten dürfen Waffen tragen!

Wir haben schon in unserer heutigen Morgennummer die famose Erklärung der Zeitung des Sicherheitsdienstes (gez. Worlitzer, Anderich, Hennig) gekennzeichnet, die die Verfassung der Schwarzkopfigen Arbeiter und anderer Zivilisten im Polizeipräsidium in den höchsten Tönen amüßlicher Enttäuschung befreit.

Dazu teilt uns eine vertrauenswürdige Person, die damals im Polizeipräsidium tätig war, noch folgendes mit:

Die Aufsicht der Leitung des Sicherheitsdienstes enthält die vollständige Unwahrheit. Ich kann eine genaue Darstellung des Geschehens der Sache geben. Es sind nicht nur die Arbeiter der Firma Schwarzkopff, sondern auch Dolmetscher und wahrscheinlich auch Deutsche Waffen angekauft worden. Die Schwarzkopfigen Arbeiter kamen teilweise per Auto, andere in großen Trupps zu Fuß. Sie wurden auf dem Platz des Polizeipräsidiums aufgestellt und geordnet. Der Zug erhielt drei Maschinengewehre zugeteilt, die übrigen erhielten über Gewehre. Zwei Leute traten vor, es wurde den Zivilisten gesagt: „Seht Euch die beiden an, das sind eure Führer.“ Die Bewaffneten verließen darauf in geschlossener Kolonne das Polizeipräsidium, und zwar marschierten sie durch das Tor nach der Dirschstraße um 12 Uhr mittags ab.

Gemerkt will ich noch, daß nach der Kaffäfer-Kolonie zwei Eskadren mit Bewaffneten geschickt wurden. Die Kaffäfer galten für Regierungstruppen und sollten offenbar verhindert werden, zugunsten der Regierung einzugreifen.

Von Interesse dürfte auch folgendes sein: Noch vor wenigen Tagen ist bei den Kompanien der Besatz durchgegangen worden: „Personen, die auf der Straße bewaffnet angetroffen werden, sind die Waffen abzunehmen, es sei denn, daß sie einen Ausweis des Spartakusbundes haben.“ Der Befehl wurde nicht schriftlich, sondern von Mund zu Mund verbreitet, offenbar um seine Erfüllung gegebenenfalls abzuleugnen zu können. Er ist aber bei sämtlichen Kompanien des Sicherheitsdienstes bekannt.

Zu derselben Sache schreibt uns ein Soldat des Sicherheitsdienstes mit voller Namensunterschrift:

Am 24. Dezember gegen Mittag wurden auf dem Polizeipräsidium in der Wassenkammer an eine ganze Reihe Zivilisten (Arbeiter) Waffen (Gewehre) ausgehändigt. Dies habe ich mit eigenen Augen angesehen, als Mitglied des Sicherheitsdienstes.

Aus den Redensarten der betreffenden Arbeiter erkannte ich sie als Spartakisten.

Es ist erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit die Zeitung des Sicherheitsdienstes Tatsachen zu leugnen mag, die eine ganze Reihe einwandfreier Zeugen genau beobachtet haben. Sie hat offenbar von ihrem Herrn und Meister Sichhorn die Kunst gelernt, nichts von dem zu wissen, was um sie vorgeht.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streit im Hindenburgrevier vollständig beigelegt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Hindenburg schreibt uns: Der Arbeiter- und Soldatenrat (Kreisrat) in Hindenburg, Oberschlesien, hatte für den 2. Januar 1919, nachmittags 8 Uhr, eine Versammlung der Arbeiterschaft, Sicherheits- und Vertrauensmänner sämtlicher Belegschaften und Werke des Kreises in den Kasinoaal der Donnerwörthstraße einberufen. Auch die Beamten der Werke waren eingeladen und erschienen. Nach einem eingehenden Bericht des Vorsitzenden des Kreisrates und einer mehrstündigen, eingehenden Aussprache mit sämtlichen Beteiligten, an der sich auch ein polnisches Mitglied des Rates und ein bewährter Vertreter des Bergarbeiterverbandes aus Katowitz beteiligte, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die zum Abschluß der in der Regierungskonferenz in Katowitz am 31. Dezember v. J. beschlossenen neuen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern wird die Arbeit auf allen Gruben und Werken fortgesetzt bzw. sofort wieder aufgenommen. Sämtliche Belegschaften verlassen sofort dem Kreisrat eine genaue Aufstellung ihrer Wünsche und Forderungen ein und benennen je einen Delegierten.

Der Kreisrat wird zusammen mit diesen Delegierten in einer Konferenz, die sofort nach Eingang der schriftlichen Aufstellungen stattfinden soll, das gesamte Material sichten und durchsprechen und die Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter in den Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. in den Verhandlungen mit der Regierung vertreten.

Die Arbeit ist auf allen Werken in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

Schon in der Versammlung war anerkannt geäußert worden, daß der Streit in dem die meisten Gruben ausweisenden Hindenburgrevier ruhig und ohne größere Ausschreitungen verlaufen war. Die Vertreter der Belegschaften waren einig darüber, daß auch künftig Ausschreitungen vermieden werden müssen, daß sie selbst weiter zusammen mit dem Kreisrat auf Ruhe und Ordnung halten werden, daß unentgeltliche Helfer von der Arbeiterschaft abzulehnen sind und daß sich die Forderungen und Wünsche der Belegschaften nicht auf phantastische oder von böswilliger Seite hineingebrachte Unterlagen stützen, sondern vernünftig begründet werden müssen, und im Rahmen des Erreichbaren sich halten sollen. Die Versammlung, die trotz lebhafter Aussprache ruhig und würdig verlief und die Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft betriebl. wurde mit einem einmütig aufgenommenen Hoch auf die Sozialistische Republik geschlossen.

Fortschritte in den Gewerkschaften.

Der Gemeindeförderverband hat im Monat Dezember 10 000 Mitglieder neu aufgenommen. Die Mitgliederzahl ist jetzt um 2500 höher als vor Kriegsbeginn.

Der Federarbeiterverband hat in den letzten Wochen um durchschnittlich je 1250 Mitglieder zugenommen. In den letzten drei Wochen überstieg die Zunahme 5000. Als nächstes Ziel des Verbandes bezeichnet die „Federarbeiterzeitung“ die Verberufung seiner höchsten Mitgliederzahl aus der Friedenszeit.

In der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ teilt die Ortsgruppe München mit, daß sie seit dem 1. Oktober weit über 3000 Renaufnahmen gemacht hat.

Die Wahl zu den Angestellten-Ausschüssen.

Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge und die Wahl zu den Angestellten-Ausschüssen hat in den Reihen der Angestellten Unklarheiten über die Rechtmäßigkeit der bestehenden Ausschüsse entstehen lassen. Auf Grund des § 7 dieser Verordnung sind lediglich diejenigen Angestellten-Ausschüsse neu zu

wählen, die auf Grund des § 11 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst bestehen, alle Ausschüsse, die nach dem 9. November 1918 auf Grund der Vollzugsratsverordnungen und unter Mitwirkung der freien Gewerkschaften (Zentrale der Angestelltenräte) gewählt worden sind, bleiben zu Recht bestehen und brauchen nicht neu gewählt zu werden.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Berlin, Ringstraße 20.

Die Verordnung der Volksbeauftragten über die Tarifverträge

Vom 23. Dezember verleiht provisorisch den volkswirtschaftlich ungenügend wichtigen Gegenstand. Sie soll später durch ein Gesetz abgeändert werden, das sich auf den Erfahrungen der tarifrechtlichen Juristen und Praktiker aufbaut, die den Gegenstand seit Jahren — besonders im Rahmen der Gesellschaft für Sozialreform — durcharbeitet haben. Diese Gesellschaft will auf ihrer außerordentlichen Hauptversammlung (Berlin, Rheinpark, 20. und 21. Januar) Gelegenheit zu einer abschließenden Aussprache über den Gegenstand im Anschluß an Vorträge des Rechtsanwalts Gen. Dr. Hugo Heinemann und des ähnlichen Gewerkschaftssekretärs Josef Veder bieten. Die gleiche Tagung wird den Bericht des Arbeiterrechtsausschusses der Gesellschaft, dem u. a. Prof. Brande, Prof. Legien, Prof. Berkner, G. Hartmann und Prof. Brentano angehören, über die Reform des Koalitionsrechts entgegennehmen. Der Ausschuß hat bisher fruchtbar Arbeit geleistet, die bei der positiven Neuordnung des Koalitionsrechts, die bis jetzt noch nicht erlosch ist, grundlegend werden dürfte. Im übrigen hat sich der Konflikt mit der Stellung der Sozialreformer zu der durch die Revolution geschaffenen neuen Lage zu befragen. Darüber wird der Vorsitzende der Gesellschaft, Staatsminister Dr. Fischer von Wechsungen einen Vortrag halten. Näheres ist durch das Generalsekretariat (Berlin W. 30, Rollendammstr. 20/21) zu erfahren.

Frauen, wählt sozialdemokratisch

Die bürgerlichen Parteien schmeicheln um eure Stimme, aber wenn Ihr sie wählt, wird ihre erste Handlung sein, Euch das Stimmrecht wieder fortzunehmen! Mit ganz verheißungsvollen Ausnahmen sind die bürgerlichen Parteien bis zum 9. November grundsätzliche Gegner des Frauenwahlrechts gewesen! Wenn sie jetzt eine andere Meinung heucheln, so geschieht das nur, weil jetzt über die Hälfte der Wähler Frauen sind und ohne die Frauenstimmen keine Partei mehr siegen kann. Nur die Sozialdemokratie hat bis zur Revolution ehrlich für das Frauenstimmrecht gekämpft, sie hat es zur Tat gemacht. Darum wählt sozialdemokratisch!

oder Ihr habt zum letztenmal gewäh.!

Gewerkschaften gegen Spartakisterror.

Wie der „Tabakarbeiter“ mitteilt, hat die letzte Nummer seines Jahrganges 1918 nicht erscheinen können, weil die Druckerei der „Bremer Bürgerzeitung“, in der sie bisher hergestellt wurde, am 21. Dezember ihren Inhabern der Firma Schmalfeld u. Co. mit Gewalt abgenommen und in den Besitz des Arbeiter- und Soldatenrats überführt wurde. Die Maßregel richtete sich gegen die sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung“ wegen ihres Kampfes gegen die Spartakisten und ihres Eintretens für die Einigung der Arbeiter. Zum Protest gegen die unethische Gewalttat und um nicht durch Druckaufträge die Feinde der Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen, hat der Tabakarbeiterverband die Beziehungen zu diesen Leuten abgebrochen und läßt künftig sein Organ in einer anderen Druckerei herstellen.

Groß-Berlin

Einschränkung des Groß-Berliner Eisenbahnverkehrs.

Die Eisenbahndirektion Berlin hat sich zu einer starken Einschränkung der Stadt-, Ring- und Vorortzüge entschlossen. Sie hält diese Maßregel für notwendig, weil in der letzten Zeit der Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven immer fühlbarer geworden ist. In einer Besprechung mit Pressvertretern, die heute bei der Eisenbahndirektion stattfand, wurde man darüber sehr unerkennlich. Die Zahl der reparaturbedürftigen Lokomotiven war in Friedenszeiten gleich 20 Prozent des Gesamtbestandes, jetzt aber geht ihr Anteil bereits über 25 Prozent hinaus. Dabei beschäftigen die Hauptwerkstätten jetzt in Doppelschichten schon 16 000 Arbeiter, gegenüber nur 9000 im vorigen Jahr. Zu der Mangelhaftigkeit der Lokomotiven kommt, daß bei der Ablieferung brauchbarer Lokomotiven an die Exzente auch der Bezirk Berlin beteiligt ist. Die dem Stadt-, Ring- und Vorortverkehr dadurch entzogenen Lokomotiven sind 20 Prozent des Bestandes, der zur Bewältigung des auch jetzt noch auf etwa eine Million Fahrgäste pro Tag geschätzten Groß-Berliner Eisenbahnverkehrs erforderlich ist. Die Jugerverminderung wird sich auch auf die Stunden des lebhaften Verkehrs erstrecken, weil gerade da der Lokomotivbestand für den starken Bedarf nicht mehr ausreicht. Die Einschränkungen, die schon begonnen haben, sollen von der nächsten Woche ab in vollem Umfang durchgeführt werden. In der Besprechung wurde auf eine Anfrage, wie stark sie sein werden, keine bestimmte Antwort gegeben. Das läßt das Schlimmste erwarten.

Der Raubmord an dem Gelbbriefträger Lange hat durch die Behauptungen eines ermittelten Zeugen eine wesentliche Aufklärung gefunden. Nach diesen Zeugenaussagen unterliegt es kaum noch einem Zweifel, daß der Gelbbriefträger Lange mit dem Mörder, dem angeklagten Herrn von Winterfeldt, vor der Tat wiederholt zusammengetroffen ist. Der Zeuge, der in einem Bureau unter den Linden tätig ist, hat schon seit mehreren Tagen einen Mann gesehen, auf den die Beschreibung des Mörders genau paßt. Der Fremde, der durch seinen schwarzen Bart auffiel, hielt sich oft längere Zeit auf der Straße und auch im Hausflur auf, als ob er auf jemand warte. Das scheint auch der Fall gewesen zu sein, denn am vergangenen Donnerstag, dem Tage der Ausführung des Verbrechens, sah der Zeuge den Fremden in Begleitung des Gelbbrief-

trägers Lange unter den Linden. Beide standen nebeneinander und sprachen so vertraulich, daß man aus der Art der Unterhaltung schließen mußte, daß sich beide schon öfter gesprochen hätten. Der Gelbbriefträger sah auch seine Bestellsache nach, wahrscheinlich auf die Frage des Fremden hin, ob er etwas dabei habe und ging dann mit diesem die Linden entlang, in der Richtung auf das Hotel Adlon zu, fort. Daß Lange den Mörder schon vorher kannte, geht weiter aus den Behauptungen seiner Frau hervor. Wie diese mitteilt, sprach Lange öfter davon, daß er mit nach Hause brachte, von einem Mann bekomme. Er erzählte auch, daß dieser verheiratet sei, aber Neujahr wiederkomme. Es wird versucht werden, mit Hilfe von Sozialforschern zu ermitteln, woher das Brot kommt. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der Mörder es zunächst verstanden hat, durch irgendwelche Sendungen mit dem Gelbbriefträger in Verbindung zu kommen. Er hat ihn dann durch die Briefträgerin Weber mit Butter, an sich gefesselt und sein Vertrauen erweckt. So erreichte er, daß der sonst sehr vorsichtige Beamte, der Amtsgenossen gegenüber wiederholt behauptet, daß man nicht vorsichtig genug sein könne, ihn arglos gegenüberstand. Nach dem Befund muß angenommen werden, daß der Mörder seine Schlinge in dem Kleiderkasten bereit hielt. Neben diesem Kasten, der bei der Entdeckung des Mordes offen gefunden wurde, stand der Besel. Der Mörder trat wahrscheinlich unter dem Vorwande, daß er das Geld aus dem Schrank herauslösen wolle, an diesen heran, nahm die fertige Schlinge heraus, warf sie seinem Opfer hinterwärts bis schnell über den Kopf und zog sie zu.

Wichtig ist für die Ermittlungen festzustellen, woher die Koffer stammen. Nach dem Gutachten eines Sachverständigen gehören alle drei nicht zu den Stadtkassen, wie Spezialhäuser sie führen, sondern zu denen, die Kauf- und Warenhäuser zu vertrieben pflegen. Die drei Gepäckstücke sind im Polizeipräsidium aufgestellt.

Das Feuerungsgeld für die Stadtarbeiter

wurde sonst in Berlin am 1. Januar jeden Jahres zusammen mit der monatlichen Unterstützung ausbezahlt. Mehrere und zugehörige Orte klagen, daß diesmal zu Neujahr die Auszahlung unterblieben sei. Aus dem Bureau der Amtsdirektion des Magistrats erhalten wir auf unsere Anfrage die Auskunft, daß diesmal das Feuerungsgeld schon vorher bezahlt worden ist, damit auch die Armen sich ihre Feuerung zeitig beschaffen konnten. Während bisher das Feuerungsgeld nur 8 M. betragen hatte, ist es in 1918 auf 15 M. erhöht worden, was längs nötig gewesen wäre. Von diesem Betrag wurden, wie man uns bei der Amtsdirektion sagt, 8 M. im Sommer und 7 M. im Herbst neben der monatlichen Unterstützung gezahlt. Wie erklärt es sich, daß dennoch die Anwohner noch auf Feuerungsgeld rechneten und jetzt demagogisch zu sein glauben? Wir hören, daß unter ihnen die Annahme verbreitet ist, die Zahlung jener Beträge sei nicht aus Mitteln der Stadt geleistet worden, sondern aus — milden Spenden der Kaiserin. Wer mag den Unsinn aufgebracht haben?

Esle tut Not.

In allen größeren Lichtspielhäusern Berlins läuft zurzeit ein Film, der die Technik des Einsehens der Wählerlisten veranschaulicht und die Notwendigkeit, sich zu vergewissern, ob der eigene Name auch in der Wählerliste steht, außerordentlich anschaulich darstellt. Der Film läuft noch einige Tage. Esle tut Not!

Ablicher Autounfall. An der Ecke der Kaiser-Friedrich- und Bismarckstraße in Charlottenburg ist am Donnerstag ein höchst gefährliches Kind von einem mit drei Rattosen besetzten A-Rastwagen überfahren worden. Der Fahrer verlor sich im letzten Augenblick mit aller Kraft zu bremsen, vermochte jedoch nicht das Unglück mehr zu verhindern. Der Rastwagen wurde beim Bremsen dreimal herumgeschleudert, erlitt dabei das Kind und löste es auf der Stelle.

100 000 M. für vier tote Eltern. Ein Streit, der sich um eine Schadenerschuld in Höhe mehrerer hunderttausend Mark drehte, ist jetzt zwischen der Eisenbahndirektion und der Direktion der Alexander Hagenbed durch gütlichen Vergleich beigelegt worden. Am Sommer siedelte der Virus Hagenbed von Neufahrn nach Steglitz über, um dort Vorstellungen zu geben. Auf dem Steglitzer Bahnhof kam es nun zu einem Zusammenstoß, wobei vier wertvolle dreifache Löwen getötet wurden. Der Besitzer verlangte von der Eisenbahndirektion eine Entschädigung in Höhe von 250 000 M. Nunmehr hat sich die Berliner Eisenbahndirektion bereit erklärt, Schadenersatz in Höhe von 100 000 M. zu leisten und Hagenbed hat dieses Angebot im Vergleichsweg angenommen.

Das Apollotheater bringt wieder ein neues und sehr gutes Programm. Stauwerkzeuge, Leistungen der Schminke, eine glänzende Dunde- und Affendressur und vor allem die unerschöpflichen Gedankenleistungen Kraus seien daraus hervorzuheben, ohne darum die nicht erwähnten Nummern als minder sehens- und hörenswert zu bezeichnen.

1000 Uhrarm- und Tagebauarbeiter werden für die Riebeckischen Montanwerke L. G. Halle (Saale) und die Wismut-Steinwerke Wismut bei Borna (Saale) gesucht, und nicht 100 000, wie es in unserer Notiz aus Versehen heißt.

Seht die Wählerlisten ein!

Trennung-Beamschulung. Die Listen liegen heute von 6 bis 8 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr und Montag von 9 bis 3 Uhr im Rathaus, Neue Krugallee, aus.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Kraus. Morgen, Sonntag früh 9 Uhr: Flugblattverbreitung von den letzten veröffentlichten Bezirkslisten aus.

Leutwig. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, in der Posthalle, Diskussionsabend: Große Wählerversammlung.

Schlenker. Morgen, mittags 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Am Montag, abends 8 1/2 Uhr, Wählervereinsversammlung: „Wie wählen wir zur Nationalversammlung?“ Aufnahme neuer Mitglieder. Ferner nimmt der Kassierer, Genosse Karl Bonow, Mittwoch, 11. 2 Tr., jederzeit Anmeldungen entgegen.

Aus aller Welt.

Nurzbare Bluttat eines Geisteskranken.

Thalheim. Heute nacht hat der 50 Jahre alte Schafbauer Giberger seinen vier Kindern, von denen das älteste vier Jahre alt war, nachdem er die Dienboten aus der Wohnung gejagt und sich eingeschlossen hatte, den Hals durchgeschnitten. Der Vater hat die Tat in einem Anfall von Schwermütigkeit begangen, die dadurch entstanden ist, daß seine 80 Jahre alte Frau vor einem Vierteljahr gestorben ist.

